

MORITZ PÖSCHKE

Satzungsdurchbrechende
Beschlüsse
in GmbH und AG

*Schriften zum
Unternehmens- und Kapitalmarktrecht*

Mohr Siebeck

Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von

Jörn Axel Kämmerer, Karsten Schmidt und Rüdiger Veil

76



Moritz Pöschke

Satzungsdurchbrechende Beschlüsse in GmbH und AG

Mohr Siebeck

Moritz Pöschke, geboren 1979; Studien der Betriebswirtschaftslehre an der FernUniversität in Hagen sowie der Rechtswissenschaften an der Universität Münster und der Universität de Barcelona; 2003 Diplom-Kaufmann; 2005 Erstes Staatsexamen; Referendariat am OLG Düsseldorf; 2008 Promotion (Köln); 2009 Zweites Staatsexamen; 2009–2010 und 2011–2016 Rechtsanwalt; 2011 LL.M. (Harvard); 2016–2019 Akademischer Rat a.Z. am Institut für Gesellschaftsrecht der Universität zu Köln; 2019 Habilitation (Köln); WS 2019 Vertretung einer Professur an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; seit April 2020 Privatdozent an der Universität zu Köln.

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – 440372384.

ISBN 978-3-16-158940-9 / eISBN 978-3-16-158941-6

DOI 10.1628/978-3-16-158941-6

ISSN 2193-7273 / eISSN 2569-4480

(Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Martin Fischer aus der Stempel Garamond gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die Rechtsfigur der Satzungsdurchbrechung scheint seit der begriffsprägenden Untersuchung von *Werner Ueberfeldt*, die an der Universität zu Köln im Jahr 1934 als Dissertation angenommen wurde, im Recht der Kapitalgesellschaften etabliert. Trotz dieser langen Historie besteht in Rechtsprechung und Schrifttum erhebliche dogmatische „Unordnung“. Anders als in den meisten anderen Bereichen des Gesellschaftsrechts streitet man nicht nur über die dogmatisch zutreffende Verortung und die hieraus abzuleitenden Rechtsfolgen satzungsdurchbrechender Beschlüsse, sondern es fehlt bereits an einem ganz grundlegenden Konsens darüber, welche Fälle überhaupt unter den Begriff der Satzungsdurchbrechung zu fassen sind.

Trotzdem (oder vielleicht gerade deswegen) hat sich der Begriff in hohem Maße verselbständigt und wird vielfach ohne Reflexion der dogmatischen Grundlagen verwendet. Die daraus folgende Rechtsunsicherheit ist nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht unbefriedigend, sondern bereitet auch der Praxis große Schwierigkeiten.

Die nachstehende Schrift gibt einen systematischen Überblick über den Meinungsstand und entwickelt ein dogmatisch schlüssiges und praktisch handhabbares Gesamtkonzept zur Einordnung satzungsdurchbrechender Beschlüsse und sog. Öffnungsklauseln. Über die entwickelten Thesen mag man streiten – es wäre aber bereits viel gewonnen, wenn die Untersuchung eine weitergehende Auseinandersetzung mit der Dogmatik satzungsdurchbrechender Beschlüsse in Wissenschaft und Rechtsprechung anstoßen würde.

Die Arbeit hat im Wintersemester 2018/19 der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Habilitationsschrift vorgelegen und wurde als schriftliche Habilitationsleistung angenommen. Das Manuskript wurde ursprünglich Ende 2018 abgeschlossen; für die nachstehende Fassung konnten Rechtsprechung und Schrifttum bis Mitte 2019 nachgetragen werden.

Die Entscheidung des BGH vom 2.7.2019 – II ZR 406/17 konnte nicht mehr berücksichtigt werden. Angemerkt sei dazu, dass der II. Zivilsenat zur Frage der Einrichtung eines GmbH-Aufsichtsrats mit organschaftlichen Kompetenzen über eine sog. Öffnungsklausel zu den gleichen Schlussfolgerungen gelangt ist wie diese Schrift (S. 342 ff.). Damit ist für die Praxis eines der drängendsten Probleme in diesem Bereich gelöst; zugleich hat die Entscheidung zumindest

für diesen (Teil-)Bereich der im Folgenden behandelten Themen die überfällige wissenschaftliche Diskussion ausgelöst.

Sehr herzlich danken möchte ich meinem akademischen Lehrer, Herrn Professor Dr. Joachim Hennrichs. Ohne ihn gäbe es diese Arbeit nicht. Nur dank seines Vertrauens in meine akademischen Fähigkeiten und seines anhaltenden „Werbens“ für die Wissenschaft habe ich mich entschlossen, nach Jahren in der Anwaltschaft doch noch eine wissenschaftliche Karriere anzustreben – und diesen Entschluss habe ich in der Zeit an seinem Lehrstuhl und in der täglichen Zusammenarbeit mit Joachim Hennrichs nie bereut. Seine herzliche, offene Art, sein ganz außergewöhnliches juristisches Verständnis und schließlich der Respekt, den er auch aus seiner Sicht nicht überzeugenden Meinungen entgegenbringt, führten nicht nur stets zu äußerst fruchtbaren wissenschaftlichen Diskussionen, sondern sind für mich nach wie vor Vorbild für wissenschaftliche Exzellenz und Ansporn für meine weitere Tätigkeit.

Nicht weniger herzlich danke ich Frau Professor Dr. Barbara Grunewald, die das Zweitgutachten so zügig erstattet hat, dass der (aufgrund eines laufenden Berufungsverfahrens besonders) enge Zeitplan eingehalten werden konnte. Bereits während meiner Habilitationszeit stand sie gern für fachliche Diskussionen zur Verfügung und hat es dabei verstanden, mir nicht nur wertvolle Anregungen mit auf den Weg zu geben, sondern gleichzeitig meine Motivation im Hinblick auf den baldigen Abschluss des „Projekts“ aufrechtzuerhalten.

Trotz all dieser Unterstützung habe ich die in der nachstehenden Schrift entwickelten Thesen selbstverständlich allein zu verantworten.

Köln im Februar 2020

Moritz Pöschke

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX

Kapitel 1

Einleitung und Gegenstand der Untersuchung

A. Der Begriff der Satzungsdurchbrechung	1
B. Fragestellung	7
C. Eingrenzung des Themas	8
D. Gang der Untersuchung	14

Kapitel 2

Überblick über den Meinungsstand

A. Zu Definition und Rechtsfolgen satzungsdurchbrechender Beschlüsse ..	17
B. Zu Voraussetzungen und Bedeutung von Öffnungsklauseln	69

Kapitel 3

Grundlagen

A. Zu Rechtsnatur und Auslegung von Beschlüssen	94
B. Beschlussmängel	105

Kapitel 4

Inhalt und Rechtsfolgen satzungsdurchbrechender Beschlüsse

A. Zum Regelungsgehalt satzungsdurchbrechender Beschlüsse	118
B. Fehlerhaftigkeit eines satzungsdurchbrechenden Beschlusses mit doppeltem Regelungsgehalt – einheitliche oder getrennte Betrachtung?	129
C. Wirksamkeit des Maßnahmebeschlusses	133
D. Wirksamkeit der Satzungsänderung für den Einzelfall	190
E. Verbleibende Konstellationen: Satzungsänderungen mit Rückwirkung und aufschiebend bedingte Maßnahmebeschlüsse	278

F. Wiederholte „Satzungsdurchbrechungen“	288
G. Sonderfall: Nicht festgestellter Beschluss in der GmbH	293

Kapitel 5

Öffnungsklauseln

A. Grundfall: Abweichen von statuarischer Regelung	298
B. Abweichen von satzungsdispositiver gesetzlicher Regelung	324

Kapitel 6

Schluss

A. Zusammenfassung der Ergebnisse	353
B. Ausblick	362
Literaturverzeichnis	365
Sachverzeichnis	379

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX

Kapitel 1

Einleitung und Gegenstand der Untersuchung

A. Der Begriff der Satzungsdurchbrechung	1
I. Einleitung: Begriff und Problemaufriss	1
II. Zur Terminologie: Satzung vs. Gesellschaftsvertrag	6
B. Fragestellung	7
C. Eingrenzung des Themas	8
I. GmbH und AG als Untersuchungsgegenstand	8
II. Beschränkung auf Rechtsfolgen satzungsdurchbrechender Beschlüsse	10
III. Untersuchung des geltenden Rechts	13
D. Gang der Untersuchung	14

Kapitel 2

Überblick über den Meinungsstand

A. Zu Definition und Rechtsfolgen satzungsdurchbrechender Beschlüsse ..	17
I. Gang der Darstellung	17
II. Schrifttum	18
1. Vorweg: Gegenstand der Diskussion und Begriffsbildung	18
2. Älteres Schrifttum: Die Auffassungen von Ueberfeldt und Boesebeck	20
a) Ueberfeldt: Angelegenheiten minderer Bedeutung	20
b) Boesebeck: Handelsregistereintragung als formalistischer Selbstzweck	22
c) Weitere Stellungnahmen im älteren Schrifttum	22

3. Die Unterscheidung nach Priester: Punktueller vs. zustandsbegründender Regelungsgehalt	23
4. Die h. M. im GmbH-Recht: Objektive Unterscheidung zwischen punktuellen und zustandsbegründenden Satzungsdurchbrechungen	27
5. Die (noch) h. M. im Aktienrecht: Subjektive Unterscheidung zwischen Satzungsverletzung und Satzungsdurchbrechung	29
6. Weitere Auffassungen im Schrifttum	30
a) Karsten Schmidt: Nichtigkeit zustandsbegründender Satzungsdurchbrechungen	30
b) Habersack: Wille zur Satzungsänderung entscheidend	31
c) Tieves: Doppelter Regelungsgehalt des Beschlusses bei Willen zur Satzungsänderung	33
d) Wolff: Doppelter Beschlussinhalt ohne Erleichterungen für Einzelfallsatzungsänderung	34
e) Zöllner: Unwirksamkeit nur bei abstrakt-genereller Regelung	35
f) Roth: Möglichkeit der Regelung durch einfachen Gesellschafterbeschluss	36
g) Lawall: Vermittelnde Auffassung zwischen Priester und der h. M.	37
h) Helmke: (Nur) Registereintragung in bestimmten Fällen entbehrlich ..	38
i) Stöhr: Registereintragung und notarielle Beurkundung in weitem Umfang entbehrlich	39
j) J. Müller: Satzungsdurchbrechung gleich Satzungsänderung	41
k) Leuschner: Privilegierung von Einzelfallsatzungsänderungen durch teleologische Reduktion	42
7. Sonderfall: Beschlüsse, die zur Wirksamkeit einer statuarischen Ermächtigung bedürfen oder satzungsdispositives Gesetzesrecht durchbrechen	44
8. Zusammenfassung und kritische Würdigung	45
III. Rechtsprechung	48
1. RG v. 18.2.1913 – Rep. VII. 482/12, RGZ 81, 368	49
2. BGH v. 25.1.1960 – II ZR 22/59, BGHZ 32, 17	50
3. BGH v. 11.05.1981 – II ZR 25/80, ZIP 1981, 1205	50
4. BGH v. 15.4.1991 – II ZR 209/90, GmbHR 1991, 311	51
5. BGH v. 7.6.1993 – II ZR 81/92, BGHZ 123, 15	52
6. BGH v. 25.11.2002 – II ZR 69/01, WM 2003, 195	54
7. BGH v. 10.5.2016 – II ZR 342/14, BGHZ 210, 186	54
8. Weitere Entscheidungen des BGH	56
9. Entscheidungen der Oberlandesgerichte nach BGHZ 123, 15	56
a) OLG Köln v. 11.10.1995 – 2 U 159/94, GmbHR 1996, 291	56
b) OLG Nürnberg v. 10.11.1999 – 12 U 813/99, GmbHR 2000, 563	57
c) OLG Köln v. 26.10.2000 – 18 U 79/00, AG 2001, 426	58
d) OLG Nürnberg v. 5.3.2010 – 12 W 376/10, BeckRS 2010, 7681	59
e) OLG Bremen v. 1.6.2011 – 2 W 27/11, NZG 2011, 1192	60
f) OLG Dresden v. 9.11.2011 – 12 W 1002/11, NZG 2012, 507	61
g) OLG Zweibrücken v. 26.6.2013 – 3 W 41/13, NZG 2013, 1236	62

h) OLG Düsseldorf v. 23.9.2016 – I-3 Wx 130/15, 3 Wx 130/15, NZG 2016, 1424	63
i) OLG Köln v. 24.8.2018 – 4 Wx 4/18, GmbHR 2019, 188	64
j) Weitere Entscheidungen der Oberlandesgerichte	65
10. Entscheidungen anderer Gerichtszweige nach BGHZ 123, 15	66
a) FG Rheinland-Pfalz v. 26.11.1996 – 2 K 1565/93, BeckRS 1996, 30836915	66
b) FG Düsseldorf v. 8.3.2005 – 6 K 5037/01 K, DStRE 2006, 340	67
11. Zusammenfassung und kritische Würdigung	68
B. Zu Voraussetzungen und Bedeutung von Öffnungsklauseln	69
I. Begriffsbildung und Gang der Darstellung	69
II. Schrifttum	70
1. Älteres Schrifttum: Befreiung eines GmbH-Gesellschafters vom Wettbewerbsverbot	71
2. Neueres Schrifttum	71
a) Allgemeine Zulässigkeit von Öffnungsklauseln	71
b) Abweichung von satzungsdispositiven gesetzlichen Vorschriften	74
aa) Grundsätzliche Zulässigkeit	74
bb) Sonderfall: Gewinnverteilung	76
(1) Gewinnverteilung in der GmbH	76
(2) Gewinnverteilung in der AG	78
c) Sonderfall: Gesetz sieht Möglichkeit der Öffnungsklausel vor	79
3. Zusammenfassung und kritische Würdigung	80
III. Rechtsprechung	81
1. RG v. 2.11.1934 – II 186/34, RGZ 146, 145	81
2. BGH v. 16.2.1981 – II ZR 168/79, BGHZ 80, 69 – Süssen	82
3. BayObLG v. 23.5.2001 – 3Z BR 31/01, NJW-RR 2002, 248	83
4. BGH v. 7.6.1993 – II ZR 81/92, BGHZ 123, 15	84
5. OLG München v. 18.5.2011 – 31 Wx 210/11, MittBayNot 2011, 416	85
6. OLG München v. 9.8.2012 – 23 U 4173/11, GmbHR 2012, 1075 – Media-Saturn	86
7. BFH v. 4.12.2014 – IV R 28/11, GmbHR 2015, 274	87
8. KG v. 23.7.2015 – 23 U 18/15, NZG 2016, 787	87
9. KG v. 9.11.2017 – 23 U 67/15, GmbHR 2018, 361	89
10. Zusammenfassung und kritische Würdigung	91

Kapitel 3

Grundlagen

A. Zu Rechtsnatur und Auslegung von Beschlüssen	94
I. Grundlage: Rechtsnatur von Beschlüssen	94

II. Auslegung von Beschlüssen	96
1. Grundsätzliches: Objektive Auslegung satzungsdurchbrechender Beschlüsse	96
2. AG: Bedeutung für Hauptversammlungsbeschlüsse	97
3. GmbH: Bedeutung für Gesellschafterbeschlüsse	98
4. Zwischenergebnis	100
III. Beschlüsse mit doppeltem Regelungsgehalt	100
1. Grundregel: Wortlaut kann doppelten Regelungsgehalt anordnen	100
2. Ermittlung durch Auslegung über den Wortlaut hinaus	101
3. Zwischenergebnis	104
IV. Ergebnis zu A.	104
B. Beschlussmängel	105
I. Ausgangspunkt: Allgemeine Rechtsgeschäftslehre und §§ 241 ff. AktG (analog); auch: Kategorien von Beschlussmängeln	105
II. Das Beschlussmängelrecht der Aktiengesellschaft	107
1. Unwirksame Beschlüsse	107
2. Nichtig Hauptversammlungsbeschlüsse	108
3. Anfechtbare Hauptversammlungsbeschlüsse	108
4. Verhältnis der Beschlussmängelkategorien zueinander	109
5. Zwischenergebnis	110
III. Das Beschlussmängelrecht der GmbH	110
1. Grundsatz: Übertragung der §§ 241 ff. AktG auf Gesellschafterbeschlüsse	110
2. Sonderfall: Keine Feststellung des Gesellschafterbeschlusses	112
3. Zwischenergebnis	113
III. Teilnichtigkeit bzw. Teilunwirksamkeit von Beschlüssen	114
IV. Ergebnis zu B. und Folgen für den Gang der Darstellung	115

Kapitel 4

Inhalt und Rechtsfolgen satzungsdurchbrechender Beschlüsse

A. Zum Regelungsgehalt satzungsdurchbrechender Beschlüsse	118
I. Tatsächliche Betrachtung	118
II. Rechtliche Betrachtung	119
1. Doppelter Beschlussinhalt: Maßnahmebeschluss und Satzungsänderung für den Einzelfall	120
2. Verhältnis der beiden Beschlussteile zueinander	122
III. Ergebnis zu A.	124

IV. Zur Kritik; auch: Stützung des Ergebnisses durch vergleichende Überlegungen	125
1. Grundsätzliches	125
2. Historische Entwicklung	126
3. Diskussion zu Satzungsdurchbrechungen in Österreich	127
B. Fehlerhaftigkeit eines satzungsdurchbrechenden Beschlusses mit doppeltem Regelungsgehalt – einheitliche oder getrennte Betrachtung?	129
I. Grundsätzliches	129
II. Ausgangspunkt: Anwendbarkeit des § 139 BGB auf Beschlüsse	129
III. Voraussetzungen und Rechtsfolgen des § 139 BGB	129
1. Voraussetzungen der Anwendung des § 139 BGB	130
a) Einheitliches Rechtsgeschäft	130
b) Teilbarkeit des einheitlichen Rechtsgeschäfts	130
2. Rechtsfolgen: Zweifelsregel des § 139 BGB	131
IV. Ergebnis zu B.	133
C. Wirksamkeit des Maßnahmebeschlusses	133
I. Grundsätzliches und Gang der Darstellung	133
II. Ausgangspunkt: Anwendungsbereich des § 243 Abs. 1 AktG	134
1. Grundsatz: Jede Satzungsverletzung führt zur Anfechtbarkeit	135
2. Verletzung von „Ordnungsvorschriften“	136
3. Verletzung von Verfahrensvorschriften	138
4. Bewusste vs. unbewusste Satzungsverletzung	139
5. Zustandsbegründende vs. punktuelle Satzungsverletzungen bzw. -durchbrechungen	142
6. Zwischenergebnis	145
III. „Überholende“ Rechtsfolgen: Unwirksamkeit und Nichtigkeit	145
1. Unwirksamkeit von Maßnahmebeschlüssen	146
a) Eintragung gemäß § 54 Abs. 3 GmbHG bzw. § 181 Abs. 3 AktG	146
aa) Eintragung gemäß § 54 Abs. 3 GmbHG bei zustandsbegründenden Satzungsdurchbrechungen in der GmbH	146
bb) Eintragung gemäß § 181 Abs. 3 AktG bei Satzungsdurchbrechungen in der AG	150
cc) Eintragung bei zwingender statuarischer Regelung	150
(1) Notwendige materielle Satzungsbestimmungen	151
(a) Grundsätzliches	151
(b) Beispiele	153
(c) Abgrenzung	154
(d) Zwischenergebnis	156
(2) Beschlüsse mit ausschließlich negativem Regelungsgehalt	156
(3) Hinweis auf mögliche Wertungswidersprüche; Weiterverweis	158
(4) Regelung für einen künftigen Anwendungsfall	159
dd) Zwischenergebnis	163
b) Statuarische Sonderrechte, auch: Zustimmungsrechte	164
c) Statuarischer Zustimmungsvorbehalt zugunsten eines Organs	166

aa) Grundsätzliches	166
bb) Spezialfall: Übertragung vinkulierter Namensaktien (§ 68 Abs. 2 AktG)	168
cc) Spezialfall: Übertragung vinkulierter GmbH-Geschäftsanteile (§ 15 Abs. 5 GmbHG)	168
d) Verdrängende statuarische Zuständigkeitsregelung	169
e) Zwischenergebnis: Unwirksamkeit von Maßnahmebeschlüssen	171
2. Nichtigkeit von Maßnahmebeschlüssen	172
a) Grundsatz: Keine Nichtigkeit bei Satzungsverletzung	172
b) Fehlende Beurkundung, § 241 Nr. 2 AktG (analog)	173
c) Zustandsbegründende Satzungsdurchbrechung als außergesetzlicher Nichtigkeitsfall von Hauptversammlungsbeschlüssen	175
d) Zwischenergebnis: Nichtigkeit eines Maßnahmebeschlusses	176
3. Sonderfall: Beschlüsse, die zur Wirksamkeit einer statuarischen Ermächtigung bedürfen oder satzungsdispositives Gesetzesrecht durchbrechen	177
a) Grundlagen	177
b) Einziehungsbeschluss gemäß § 34 Abs. 1 GmbHG	179
c) Bestellung eines Geschäftsführers unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB	181
aa) Grundsatz: Verletzung des Gesetzes als Regelfall	181
bb) Sonderfall: Verletzung der Satzung	185
cc) Rechtsfolgen der Verletzung von Gesetz oder Satzung	185
dd) Zwischenergebnis	188
d) Zwischenergebnis	188
IV. Ergebnis zu C. und Fortgang der Untersuchung	188
D. Wirksamkeit der Satzungsänderung für den Einzelfall	190
I. Grundsätzlicher Geltungsbereich der Vorgaben zur Satzungsänderung	191
II. Anwendung der §§ 53 f. GmbHG, §§ 179 ff. AktG auf Satzungsänderung für den Einzelfall	197
1. Methodischer Rahmen	198
a) Ausgangspunkt	198
b) Möglichkeit der einschränkenden Auslegung und Verhältnis zur teleologischen Reduktion	199
c) Voraussetzungen der teleologischen Reduktion	200
d) Zwischenergebnis und weiterer Gang der Untersuchung	202
2. Beschlusstext: Satzungsänderung im Wortlaut?	203
3. Beschlussfassung durch das für Satzungsänderungen zuständige Organ	206
a) Grundsatz: Zwingende Zuständigkeit der Gesellschafter- bzw. Hauptversammlung	206
b) Sonderfall: Kompetenzerlagerung kraft Satzung in der GmbH	208
4. Beschlussverfahren (insbesondere Umlaufbeschlüsse)	209
5. Ankündigung der Satzungsänderung	210
a) GmbH	210
b) AG	213

c) Sonderfall: Änderung statuarischer Verfahrensvorschriften	215
d) Zwischenergebnis	217
6. Erforderliche Mehrheit	218
a) Gesetzliche Ausgangslage	218
b) Abweichende Regelungen in der Satzung	221
aa) Satzung der GmbH	221
bb) Satzung der AG	223
c) Zwischenergebnis	224
7. Eintragung im Handelsregister	224
a) GmbH	225
aa) Meinungsstand und Gang der Darstellung	225
bb) Inhalt und Zweck der Eintragung	227
(1) Aufgabe des Registergerichts und Publizität der Satzungsregelungen	228
(a) Publizität der Satzungsregelungen	228
(b) Mit der Satzungspublizität verbundene Aufgaben des Registergerichts	229
(2) Zweck des § 54 GmbHG	232
cc) Reichweite der teleologischen Reduktion	235
(1) Ausgangspunkt: Kategorien der Mangelhaftigkeit des Maßnahmebeschlusses	236
(2) Einzelfallsatzungsänderung bei anfechtbarem Maßnahmebeschluss	236
(3) Einzelfallsatzungsänderung bei Maßnahmebeschluss der Fallgruppe 1	238
(4) Einzelfallsatzungsänderung bei Maßnahmebeschluss der Fallgruppe 2	239
(a) Grundsatz	239
(b) Besonderheiten bei Regelungsgegenständen i. S. d. § 10 GmbHG	242
(c) Zwischenergebnis	243
(5) Einzelfallsatzungsänderung bei Maßnahmebeschluss der Fallgruppe 3	243
(6) Maßnahmebeschlüsse der Fallgruppen 4 und 5	244
(7) Zwischenergebnis	244
b) AG	245
aa) Meinungsstand und Gang der Darstellung	245
bb) Inhalt und Zweck der Eintragung	246
(1) Aufgabe des Registergerichts und Publizität der Satzungsregelungen	247
(2) Zweck des § 181 AktG	248
cc) Reichweite der teleologischen Reduktion	249
8. Notarielle Beurkundung	251
a) GmbH	251
aa) Meinungsstand und Gang der Darstellung	251
bb) Inhalt und Zweck der Formvorschrift	253
(1) Gegenstand der notariellen Beurkundung und anwendbare Vorschriften	253
(2) Zweck der Formvorschrift	255
cc) Reichweite der teleologischen Reduktion	258

b) AG	260
aa) Meinungsstand und Gang der Darstellung	260
bb) Inhalt und Zweck der Formvorschrift	261
cc) Reichweite der teleologischen Reduktion	263
9. Zustimmung von Sonderrechtsinhabern; auch: Zustimmungsrechte	264
10. Zwischenergebnis	265
III. Beschlüsse unter Verstoß gegen satzungsdispositive gesetzliche Vorschriften	267
1. Geltungsbereich der Vorgaben zur Satzungsänderung	268
2. Teleologische Reduktion der §§ 53 f. GmbHG, §§ 179 ff. AktG ...	268
a) Beschlusstext: Satzungsänderung im Wortlaut?	268
b) Beschlussfassung durch das für Satzungsänderungen zuständige Organ	269
c) Ankündigung der Satzungsänderung	269
d) Erforderliche Mehrheit	270
e) Eintragung im Handelsregister	271
aa) Einzelfallsatzungsänderung bei anfechtbarem Maßnahmebeschluss	271
bb) Einzelfallsatzungsänderung bei Unwirksamkeit des Maßnahmebeschlusses in Fallgruppe 2	272
cc) Einzelfallsatzungsänderung bei Maßnahmebeschluss entsprechend Fallgruppe 3	272
dd) Einzelfallsatzungsänderung, die der Zustimmung eines bestimmten Gesellschafters bedarf	272
ee) Einzelfallsatzungsänderung bei sonstiger Unwirksamkeit oder Nichtigkeit des Maßnahmebeschlusses	273
f) Notarielle Beurkundung	274
3. Zwischenergebnis	275
IV. Ergebnis zu D. und Fortgang der Untersuchung	277
E. Verbleibende Konstellationen: Satzungsänderungen mit Rückwirkung und aufschiebend bedingte Maßnahmebeschlüsse	278
I. Problemaufriss und praktische Bedeutung	278
II. Rückwirkende Satzungsänderung	280
1. Meinungsbild	280
2. Bedeutung für die hier untersuchten Fälle	282
III. Aufschiebend bedingter Maßnahme- bzw. Ausführungsbeschluss ..	285
IV. Ergebnis zu E.	287
F. Wiederholte „Satzungsdurchbrechungen“	288
I. Problemaufriss	288
II. Meinungsstand	289
III. Stellungnahme	291
IV. Ergebnis zu F.	293
G. Sonderfall: Nicht festgestellter Beschluss in der GmbH	293

Kapitel 5 Öffnungsklauseln

A. Grundfall: Abweichen von statuarischer Regelung	298
I. Gang der Darstellung	298
II. Zulässigkeit und inhaltliche Grenzen von Öffnungsklauseln	299
1. Grundsätzliche Zulässigkeit	299
2. Grenzen der Zulässigkeit im Hinblick auf den Regelungsgegenstand	301
a) Notwendige materielle Satzungsbestimmungen	301
b) Regelung für einen künftigen Anwendungsfall	303
c) Beschlüsse mit ausschließlich negativem Regelungsgehalt	304
d) Zustandsbegründende Beschlüsse	306
e) Zwischenergebnis	307
3. Rechtsfolgen einer wirksamen Öffnungsklausel	307
a) Grundsatz	307
b) Wiederholte Beschlussfassung	308
4. Zwischenergebnis	309
III. Form der Vereinbarung	309
1. Kein Erfordernis ausdrücklicher Regelung	309
2. Allgemeine Öffnungsklausel bzw. schematischer Vorbehalt	312
3. Zwischenergebnis	314
IV. Weitere Beschlusserfordernisse	315
1. Besondere Ankündigung	315
a) GmbH	315
b) AG	317
2. Mehrheitserfordernis	318
3. Beurkundung und Handelsregistereintragung	319
4. Zustimmungsrechte und allgemeine Beschlussschranken	319
5. Exkurs: Besonderheiten bei Kompetenzverlagerung kraft Satzung in der GmbH	321
V. Ergebnis zu A.	323
B. Abweichen von satzungsdiskretiver gesetzlicher Regelung	324
I. Grundsätzliches	324
II. Einzelfälle	326
1. Gewinnverteilung in der GmbH (§ 29 Abs. 3 GmbHG)	326
a) Meinungsstand	326
b) Stellungnahme	327
2. Gewinnverteilung in der AG (§ 60 Abs. 3 AktG)	333
a) Meinungsstand	333
b) Stellungnahme	334
3. Vertretungsmacht des Geschäftsführers	336
a) Meinungsstand	336
b) Stellungnahme	337

4. Befreiung vom gesetzlichen Wettbewerbsverbot in der GmbH ...	340
a) Meinungsstand	341
b) Stellungnahme	341
5. Einrichtung eines GmbH-Aufsichtsrats	342
a) Meinungsstand	344
b) Stellungnahme	346
III. Ergebnis zu B.	351

Kapitel 6

Schluss

A. Zusammenfassung der Ergebnisse	353
B. Ausblick	362
Literaturverzeichnis	365
Sachverzeichnis	379

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
a. M.	am Main
Abs.	Absatz; Absätze
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch
AG	Aktiengesellschaft; Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AktG	Aktiengesetz
allg.	allgemein
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
ArbHdb-HV	Arbeitshandbuch für die Hauptversammlung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Sammlung der Entscheidungen des BayObLG
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
Bd.	Band
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-online Rechtsprechung (elektronische Entscheidungsdatenbank in beck-online)
begr.	begründet
Begr.	Begründung; Begründer
Beschl.	Beschluss
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des BFH
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Sammlung der Entscheidungen des BGH in Zivilsachen
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des BVerfG

d. h.	das heißt
d. Verf.	der/den Verfasser
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DJZ	Deutsche Juristenzeitung (Zeitschrift)
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStRE	DStR Entscheidungsdienst (Zeitschrift)
E	Entwurf
EGAktG	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz
Einl.	Einleitung
Erg.	Ergebnis
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
f.	folgende (Seite, Randnummer)
ff.	folgende (Seiten, Randnummern)
FamFG	Familienverfahrensgesetz
FG	Finanzgericht
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GesR	Gesellschaftsrecht
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GmbH-StB	GmbH-Steuerberater (Zeitschrift)
Großkomm	Großkommentar
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
h. A.	herrschende Auffassung
h. M.	herrschende Meinung
Hdb	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
HRefG	Gesetz zur Neuregelung des Kaufmanns- und Firmenrechts und zur Änderung anderer handels- und gesellschaftsrechtlicher Vorschriften (Handelsrechtsreformgesetz – HRefG)
hrsg.	herausgegeben
Hrsg.	Herausgeber
HRV	Handelsregisterverordnung
HS	Halbsatz
HV	Hauptversammlung
i. Br.	im Breisgau
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. d. S.	in dem (diesem) Sinne
i. Erg.	im Ergebnis
insbes.	insbesondere
i. S. d.	im Sinne des/der

i. V. m.	in Verbindung mit
JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KGJ	Jahrbuch der Entscheidungen des KG
Komm.	Kommentar
KSzW	Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
LG	Landgericht
lit.	littera
LS	Leitsatz
LSG	Landessozialgericht
m. E.	meines Erachtens
m. N.	mit Nachweisen
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
MittBayNot	Mitteilungen des Bayrischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern (Zeitschrift)
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer (Zeitschrift)
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
MünchHdb	Münchener Handbuch
MünchKomm	Münchener Kommentar
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	NJW-Rechtsprechung-Report Zivilrecht (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe (Zeitschrift)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
o. ä.	oder ähnliche(s)
öAktG	Österreichisches Bundesgesetz über Aktiengesellschaften
obj.	objektiv, objektive
o. g.	oben genannte(n)
öGmbHG	Österreichisches Gesetz vom 6. März 1906, über Gesellschaften mit beschränkter Haftung
OK	online-Kommentar
OLG	Oberlandesgericht
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger (Zeitschrift)
Recht	Das Recht, Rundschau für den deutschen Juristenbund (Zeitschrift)
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGZ	Sammlung der Entscheidungen des RG in Zivilsachen
Rn.	Randnummer, Randnummern
RNotZ	Rheinische Notarzeitschrift
Rspr.	Rechtsprechung
s.	siehe
S.	Seite, Seiten
Slg.	Sammlung der Entscheidungen des EuGH
Sp.	Spalte, Spalten
sog.	sogenannte, sogenannter

st.	ständige
St.	Stenographische
str.	streitig
Tz.	Textziffer
u. a.	unter anderem
u. d. T.	unter dem Titel
UMAG	Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts
UmwG	Umwandlungsgesetz
Univ.	Universität
v.	von; vom
vgl.	vergleiche
VGR	Gesellschaftsrechtliche Vereinigung
Vorb.	Vorbemerkung
vs.	versus
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung (Zeitschrift)
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift)
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
WRV	Weimarer Reichsverfassung
z.	zum
z. B.	zum Beispiel
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
zust.	zustimmend
zutr.	zutreffend, zutreffende